

Synopse

Wahlprüfsteine des Sächsischen Volkshochschulverbandes zur Landtagswahl im Freistaat Sachsen am 31.08.2014 - Antworten von Landtagsfraktionen

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>1. „Spezifische Förderung von Weiterbildungsangeboten zur Erschließung und zum Erhalt von Fachkräftepotentiale für die sächsische Wirtschaft“ (S.20) Frage: Welche Funktionen sollen die Volkshochschulen aus Ihrer Sicht in diesem Kontext erhalten? Inwieweit sind die derzeitigen Förderrichtlinien, wie sie im Weiterbildungsgesetz (WBG) und in der Weiterbildungsförderungsverordnung (WbFöVO) festgeschrieben sind, dazu geeignet?</p>				
<p>Dem Fachkräftemangel können wir nur wirksam begegnen, wenn wir auch die Qualität der Arbeitsplätze, wie z. B. Standards für faire Jobs oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in den Blick nehmen. Die sächsische Niedriglohnpolitik der vergangenen Jahre ist keine Antwort auf die kommenden Herausforderungen – ganz im Gegenteil. Die Weiterbildung, und zwar über das gesamte Berufsleben, ist ein wichtiger Baustein für die Erschließung und den Erhalt von Fachkräftepotenzialen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deshalb ein Bildungsfreistellungsgesetz erarbeitet, welches sächsischen ArbeitnehmerInnen ein Recht auf Weiterbildung einräumt. Den Volkshochschulen kommt dabei die Aufgabe zu, Bildungsangebote zu entwickeln und zertifizieren zu lassen, sodass sie ihre Rolle als Anbieter von Weiterbildungsangeboten festigen und ausbauen können. Außerdem setzen wir uns für den Erhalt des zweiten Bildungsweges ein, d.h. wir wollen mehr Möglichkeiten schaffen, das Abitur, die Mittlere Reife oder den Hauptschulabschluss nachzuholen. Dabei wollen wir im Zusammenhang mit der Novellierung des Schulgesetzes prüfen, inwieweit die ortsansässige Volkshochschule oder eine andere geeignete Bildungsstätte mit dieser Aufgabe betraut werden kann. Auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen muss weiter vereinfacht werden. Dabei fordern wir ein Recht auf Beratung sowie eine Klärung der Finanzierung der Anpassungslehrgänge. Die Volkshochschulen können hierbei, wie es z.T. bereits umgesetzt wird, z.B. als Anbieter von Deutsch-Kursen agieren. (zum WBG und WbFöVO siehe Frage 10) Zum Weiterlesen: Broschüre „Bezahlte Bildungsfreistellung in Sachsen – Das GRÜNE Bildungsfreistellungsgesetz“: http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Gruene_LTF_FB_BldgFrei_web.pdf</p>	<p>Die Weiterbildung von Fachkräften stellt für unsere Fraktion ein wichtiges Thema im Hinblick auf die Befriedigung des steigenden Bedarfs unserer Wirtschaft dar. Mit dem Weiterbildungsscheck unterstützen wir dabei insbesondere die Arbeitnehmer in ihrem Bestreben, nach einer höheren fachlichen Kompetenz in ihrer Branche oder beim Umstieg in eine bessere Beschäftigung. Hierbei können auch die Volkshochschulen mit ihrer Kompetenz einen großen Beitrag leisten. Im Rahmen der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen ist es möglich, den Prozess der Weiterbildung in Sachsen erfolgreich zu organisieren.</p>	<p>Sachsen braucht eine moderne Kultur der Weiterbildung und zwar in allen Altersgruppen. Der Ausbau beruflicher und allgemeiner Aus- und Weiterbildungsangebote sowie eine stärkere bedarfsorientierte Ausrichtung müssen dabei im Mittelpunkt der Anstrengung stehen. Die Fachkräftesicherung braucht eine Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive, die auf Qualität setzt und die Durchlässigkeit zwischen allen Bildungswegen garantiert. Als Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss vorangegangener Ausbildungsphasen werden an die Weiterbildung in Zukunft erhöhte Anforderungen gestellt. Bei fortwährenden technologischen Umwälzungen gewinnen allgemeine und berufliche Bildung einschließlich der Weiterbildung erstrangige Bedeutung für chancenreiche Teilhabe an Erwerbsarbeit. Dadurch dass die Berufsfähigkeit von der Beschäftigungsfähigkeit abgelöst wird, ändert sich das Anforderungsprofil von Arbeitskraftunternehmern. Traditionelle Berufsbiografien gehören mehr und mehr der Vergangenheit an. Die erforderlichen Qualifikationen sind weniger professioneller, als vielmehr sozialer und kultureller Art. Erworben werden diese eher außerhalb der Bildungsinstitutionen, und zwar im lebensweltlichen Sozialisationsprozess. Dies erklärt den Bedeutungszuwachs informeller Bildungsprozesse, das Selbstlernen mit hohen Anteilen von aktiv-konstruktiver Selbsttätigkeit, die Selbstorganisation und Selbststeuerung mit geringeren instruktionalen Anteilen. Aus Sicht der LINKEN eröffnet sich hier ein reiches Betätigungsfeld für die Volkshochschule, z.B. in der Vermittlung von Orientierungswissen, von Kommunikationsstrategien, von Bewerbungstraining oder von Biografiemanagement.</p>	<p>Die öffentlich geförderte Weiterbildung ist eine wichtige Säule des lebenslangen Lernens, sie fungiert aber auch als Werkzeug zur Bekämpfung des Analphabetismus. Dazu trägt insbesondere die Arbeit der sächsischen Volkshochschulen bei. Vor allem im ländlichen Raum soll es zukünftig möglich sein, auch kleinere Gruppen an Volkshochschulen zu fördern, um langfristig Angebote zu sichern. Eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen ist dafür notwendig. Darüber hinaus muss bei der Ausgestaltung der künftigen Förderung von Weiterbildung ein stärkeres Gewicht auf die Förderung der einzelnen Personen und nicht der Institutionen gelegt werden. Bei der Weiterentwicklung der Förderung streben wir an, die derzeitige staatliche Unterstützung zu erhalten.</p>	<p>Bezüglich der von Ihnen vorgelegten Wahlprüfsteine ist zu beachten, dass die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag nicht in die Erarbeitung der Sächsischen Weiterbildungskonzeption, welche im Juni vom Kabinett beschlossen wurde, eingebunden war. Es steht außer Frage, dass auch Sie einen wichtigen Beitrag leisten können, dem erhöhten Fachkräftebedarf mit vereinten Kräften in regionalen Bildungslandschaften entgegenzuwirken und durch geeignete Maßnahmen den sächsischen Unternehmen auch weiterhin qualifizierte Angebote unterbreiten und mit den Jobcenter vor Ort zusammenarbeiten.</p>

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>2. „Intensivierung der Maßnahmen zur Alphabetisierung“ (S. 20) Frage: Derzeit befinden sich etwa 1-2 % von den geschätzten 300.000 funktionalen Analphabeten im Erwachsenenalter in Sachsen in Bildungsangeboten zur Alphabetisierung. Welche bildungs- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen halten Sie kurz- und mittelfristig für notwendig, um dieser Situation nachhaltig zu begegnen? Welche Aufgaben kommen dabei den Volkshochschulen zu?</p>				
<p>Die Zahl der funktionalen Analphabeten in Sachsen ist nach wie vor hoch. Vorrangiges Ziel muss es sein, in den allgemeinbildenden Schulen eine fundierte Grundbildung zu vermitteln und die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu senken. Neben einer guten Schul- und Ausbildung spielt auch die Weiterbildung bei der Alphabetisierung eine große Rolle und wird als ein Schwerpunkt prioritär gefördert. In der kommenden EU-Förderperiode müssen auch die Volkshochschulen von der Förderung von Maßnahmen der Alphabetisierung profitieren können. Sie sind für viele Bürgerinnen und Bürger vor Ort erste Adresse für alle Fragen der persönlichen und beruflichen Weiterbildung und werden verstärkt auch bei unzureichenden Lese- und Schreibkompetenzen aufgesucht. Daneben müssen die entstandenen Koordinierungsstellen Alphabetisierung in Sachsen (Koalpha) erhalten bleiben. Die entsprechende Zielgruppenarbeit ist weiter auszubauen.</p>	<p>Maßnahmen zur weiteren Reduzierung von funktionalen Analphabeten im Freistaat Sachsen unterstützen wir ausdrücklich. Hier leisten die Volkshochschulen einen entscheidenden Beitrag. In der kommenden Förderperiode muss es gelingen, die zur Verfügung stehenden Mittel stärker als bisher für gezielte Maßnahmen, auch der sächsischen Volkshochschulen wirksam werden zu lassen.</p>	<p>Zur Antwort vgl. den Antrag der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag</p> <p><i>Wortlaut des Antrages:</i> Thema: Analphabetismus wirksam entgegenzutreten, Grundbildung für alle sichern</p> <p><i>Der Landtag möge beschließen:</i> <i>Die Staatsregierung wird aufgefordert, die notwendigen Vorkehrungen und Maßnahmen zur Sicherung einer nachhaltigen Grundbildung und Alphabetisierung in Sachsen zu treffen, um die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, zu senken und jedem Schüler und jeder Schülerin eine ausreichende gute Grundbildung zu ermöglichen;</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>im Bereich der beruflichen Schulen in den berufsspezifischen Unterrichtsinhalten und in der Allgemeinbildung Grundbildung als fachübergreifendes Prinzip zu verankern;</i> • <i>in die Lehreraus- und -Weiterbildung die Themen Grundbildung und Alphabetisierung einzubinden und die Diagnosefähigkeiten der Fachkräfte zu verbessern;</i> • <i>den Ausbau von Grundbildung und Alphabetisierungskursen in der Erwachsenenbildung und im Bereich der Integrationskurse dauerhaft und nachhaltig zu finanzieren;</i> • <i>die Volkshochschulen und deren wirkungsträchtige Projekte finanziell so auszustatten, dass sie Planungssicherheit gewinnen und die Kursleiterinnen und Kursleiter, die oftmals als Honorarkräfte tätig sind, eine angemessene Bezahlung erhalten;</i> • <i>die Schaffung eines transparenten, dauerhaft wirkenden und kooperierenden Netzwerks voranzutreiben, in dem relevante gesellschaftliche Akteure, wie Verbände, schulische und außerschulische Einrichtungen, Betriebe und Gewerkschaften, Job-Center und Arbeitsagenturen zusammenarbeiten.</i> <p>Begründung: <i>Fehlende Grundbildung und Analphabetismus sind auch im hochindustrialisierten Sachsen keine Randerscheinung, sondern ein Problem der gesellschaftlichen Mitte. In Sachsen gelten rund 200.000 Menschen als funktionale Analphabeten, d.h., sie können nicht richtig lesen und schreiben. Aufgrund ihrer geringen schriftsprachlichen Kompetenzen sind die Betroffenen bei gesellschaftlicher, sozialer, beruflicher und ökonomischer Teilhabe erheblich eingeschränkt. Scham, Angst um die berufliche und damit finanzielle Zukunftssicherung und vor gesellschaftlicher Stigmatisierung gehören zu ihrem Lebensalltag. Die Existenz einer solch hohen Anzahl an funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten verdeutlicht erhebliche Defizite unseres Bildungssystems. Das Recht auf Bildung umfasst eine gute Grundbildung, die jedem zugänglich sein muss. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die öffentlich ausfinanziert werden muss. Dazu gehört auch eine flächendeckende Alphabetisierungsarbeit. Vor allem die Volkshochschulen leisten den entscheidenden Beitrag zur Vermittlung von Grundbildung und Alphabetisierung. Sie decken den größten Teil der Alphabetisierungskurse ab. Durch zusätzliche finanzielle Mittel müssen sie dabei unterstützt werden, ihre Kursangebote weiter auszubauen.</i></p>	<p>Die Teilhabe funktionaler Analphabeten am Erwerbsleben ist ebenso zu erhöhen wie deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Analphabetismus sind fortzuführen. Allerdings muss bereits das Schulsystem so ausgestaltet sein, dass es einer Entstehung von funktionalem Analphabetismus entgegenwirkt. Deshalb streben wir an, den Anteil von Schülern ohne Hauptschulabschluss in einem ersten Schritt auf unter 5 Prozent zu senken und damit im Vergleich zu heute annähernd zu halbieren. Um dies zu erreichen, ist es unter anderem notwendig, wohnortnahe Schulen zu erhalten und den Unterrichtsausfall noch weiter zu senken. Die bisherige staatliche Förderung von Maßnahmen zur Alphabetisierung ist flächendeckend in ganz Sachsen fortzusetzen. Darüber hinaus muss aus unserer Sicht jedoch eine stärkere Koordinierung und Vernetzung der Maßnahmen und der Beratungsstellen stattfinden. Die Volkshochschulen leisten hinsichtlich der Alphabetisierung einen sehr wichtigen Beitrag. Die dahingehende Unterstützung der Volkshochschulen muss dringend fortgesetzt werden.</p>	<p>Im Jahr 2011 hat das Bundesbildungsministerium einen Plan erstellt („Pakt für Alphabetisierung und Grundbildung“). Passiert ist aber nicht viel. Schon damals und auch heute sehen wir die Volkshochschulen als einen Partner im Prozess, den geschätzten 300.000 funktionalen Analphabeten Bildungsangebote zu unterbreiten. Die Alphabetisierung lebt überwiegend vom Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkshochschulen. Sie stehen für einen Grundsatz, der unverzichtbar zum Selbstverständnis der Volkshochschulen gehört. Bildungsgerechtigkeit erfordert Weiterbildung für benachteiligte Gruppen. Seit Mitte der 70er Jahre sind sie der größte Anbieter von Alphabetisierungskursen. Das Portal „Ich-will-lernen.de“ gibt es nun schon über zehn Jahre. Alphabetisierungskurse anzubieten bedeutet auch, sich einer benachteiligten Lebenssituation zu stellen, die durch Angst vor Versagen und Entdeckung gekennzeichnet ist. Keine anderen Einrichtungen als die Volkshochschulen verfügen aufgrund ihrer Organisationsstruktur über so gute Voraussetzungen, diesen Ängsten entgegen zu wirken. Die Strategie für Alphabetisierung muss auf kommunaler also auch auf regionaler Ebene greifen. Zahlreiche Studien zeigen, dass immer weniger Schülerinnen und Schüler in Sachsen gut lesen und schreiben können. Das ist ein Umstand, den wir so nicht mehr hinnehmen dürfen. Ziel muss eine frühzeitige Reaktion sein mit dem Ziel, dass jede Schülerin und jeder Schüler am Ende der Schulzeit ausreichend lesen, schreiben und rechnen kann. Dabei kann Schulsozialarbeit die Schülerinnen und Schüler fördern. Zudem sollte es auch Förderung außerhalb der Schule geben. Vor allem aber braucht es bereits in den Kindertageseinrichtungen dauerhafte Förderungsmöglichkeiten der Sprachkompetenz.</p>

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>3. „Entwicklung und Implementierung geeigneter Verfahren zur stärkeren Berücksichtigung der über nicht-formales und informelles Lernen erworbenen Kompetenzen“ (S. 21) Frage: Welche Bedeutung erhalten dabei die anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung in Sachsen, insbesondere die Volkshochschulen? Welche Bedeutung hat heute nicht-formales Lernen in der Gesellschaft?</p>				
<p>Natürlich umfasst Weiterbildung mehr als formales oder berufsbezogenes Lernen, das i.d.R. zu einem Abschluss oder einer anderen Zertifizierung führt. Das nicht-formale und informelle Lernen spielt in der Gesellschaft und für jeden Einzelnen eine wichtige Rolle. Lebensumbrüche erfordern zunehmend mehr Anschlussfähigkeit von Bildungsabschlüssen und Bildungsinhalten, zum Teil auch eine völlige Neuorientierung. Nicht-formales und informelles Lernen ist, anders als formale Lernprozesse, jedoch kaum strukturiert und damit wenig steuerbar. Aus politischer Perspektive konzentrieren wir uns deshalb darauf, dass die Rahmenbedingungen stimmen, das heißt, dass Gelegenheitsstrukturen vorhanden sind, die umfassendes Lernen ermöglichen. Die Berücksichtigung und Anerkennung der dabei erworbenen Kompetenzen durch geeignete Verfahren unterstützen wir.</p>	<p>Das Thema ist seit 2010 auch Teil der europäischen Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum "Europa 2020". Wir unterstützen diese Strategie ausdrücklich und sehen die Maßnahmen insbesondere unter der Maßgabe lebenslangen Lernens zur Sicherung und dem Ausbau persönlicher Kompetenzen als erforderlich an, um sowohl beruflich als auch gesellschaftlich bessere Perspektiven für unsere Bürger zu ermöglichen. Insofern unterstützen wir auch die Maßnahmen der Volkshochschulen außerhalb des formalen Bildungssystems.</p>	<p>Zur Antwort vgl. die Frage 1. Die Bindung des selbstbestimmten und selbstorganisierten Lernens an eine orientierende, unterstützende und gegebenenfalls zertifizierende Weiterbildungseinrichtung könnte für die zielgerichtete und ergebnisbezogene Nutzung dieser Form der Weiterbildung sinnvoll sein. Ein anderer Weg wäre der Aufbau spezieller Lernservice-Stationen, die sich ausschließlich darauf konzentrieren, die Informations-, Beratungs-, Erschließungs- und Vermittlungshilfen für das selbstorganisierte Lernen bereit zu stellen.</p>	<p>Für die Politik sollte nicht im Mittelpunkt stehen, für welche konkrete Form der Weiterbildung sich der Einzelne entscheidet. Eigeninitiative und individuelles Interesse der Bürger ist von elementarer Bedeutung. Deshalb muss es Ziel der Politik sein, die Menschen dafür zu sensibilisieren, dass eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung nicht nur den Unternehmen, sondern in erster Linie ihnen selbst nützt. Diese Eigeninitiative wollen wir weiter fördern und unterstützen.</p>	<p>Die Bedeutung nicht-formalen Lernens in der Gesellschaft zeigt sich allein in den Empfehlungen des Rates vom 20. Dezember 2012 zur Validierung nicht-formalen und informellen Lernens. Nicht-formales und informelles Lernen gewinnt in der heutigen Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Die Volkshochschulen sowie anerkannten Träger der Weiterbildung haben entsprechend zu diesem Erfolg beigetragen. Auf Empfehlung zur Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) zufolge sollen in die Qualifikationsrahmen auch Ergebnisse nicht-formalen und informellen Lernens einbezogen werden. Die Möglichkeiten der Berücksichtigung des nicht-formalen Bereichs im EQR, also der nicht staatlich geregelten Weiterbildung, werden derzeit von einer Expertenarbeitsgruppe geprüft.</p>

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>4. „Sicherung einer stabilen Weiterbildungsbeteiligung“ (S. 21) Frage: Die Weiterbildungsbeteiligung im Freistaat Sachsen zählt zu den höchsten in der Bundesrepublik. Gleichzeitig haben wir in Sachsen aber auch wie in anderen Bundesländern das Problem, dass bildungsferne, bildungsarme und prekäre Milieus unterdurchschnittlich erreicht werden. Sehen Sie hier einen bildungs- und förderpolitischen Handlungsbedarf? Und wenn ja, wie könnten kurz- und mittelfristige Maßnahmen für diese Personengruppe aussehen?</p>				
<p>Die hohe Weiterbildungsbeteiligung in Sachsen ist erfreulich und die Weiterbildungseinrichtungen sind nach unserer Auffassung auf einem guten Weg, ihr Angebot weiter auszudifferenzieren und die Zielgruppenansprache zu verbessern. Nachholbedarf gibt es bei der Barrierefreiheit der Angebote. Dies ist nicht nur für Menschen mit Behinderungen zentral, sondern auch eine besondere Herausforderung in einer immer älter werdenden Gesellschaft. Für bildungsferne Milieus muss die aufsuchende Bildungsarbeit eine stärkere Rolle einnehmen. Vor allem in entwicklungsbedürftigen Regionen und Stadtquartieren wollen wir die Zugänge zur Erwachsenenbildung erleichtern. Damit man sich das Lernen in späteren Lebensphasen auch leisten kann, wollen wir auf Bundesebene ein Weiterbildungs-BAföG durchsetzen. Wir wollen so diejenigen für Weiterbildung gewinnen, die bislang von den Angeboten zu wenig erreicht werden: Ältere, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Geringqualifizierte. Zur Sicherung einer stabilen Weiterbildungsbeteiligung gehört auch, die Teilnahmegebühren nicht weiter anzuheben, denn dies gefährdet einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Teilhabe. Ohnehin ist der Anteil der Teilnahmegebühren an den Gesamteinnahmen der Volkshochschulen in Sachsen vergleichsweise hoch. Deshalb muss die Höhe der staatlichen Zuschüsse auf verlässlichem und auskömmlichem Niveau gesichert werden.</p>	<p>Im Rahmen der Fachkräftestrategie des Freistaates Sachsen haben wir der Weiterbildung einen besonderen Stellenwert eingeräumt und werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten auch in der anstehenden Haushaltsberatung für den kommenden Doppelhaushalt darum bemühen, stabile finanzielle Voraussetzungen zu schaffen, um die Weiterbildung entsprechend zu finanzieren. Bildungsarme und bildungsferne Milieus zu erreichen, stellt eine gesellschaftliche Aufgabe dar, welcher wir uns nicht verschließen. Gleichwohl müssen wir aber auch zur Kenntnis nehmen, dass das persönliche Interesse hier unterdurchschnittlich ausgeprägt ist und durch ein ausgewogenes Maß an Fördern und Fordern angeregt werden muss. Insbesondere die Arbeitsagenturen im Freistaat können hier aus unserer Sicht einen guten Beitrag leisten. Wir unterstützen diese Aktivitäten ausdrücklich.</p>	<p>Die soziale Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich in der Weiterbildung wieder und die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien verstärkt dies nach dem Motto: Wer hat, dem wird gegeben. Wer eine gute Ausbildung hat bzw. über ausreichendes Einkommen verfügt, kann Weiterbildungsangebote besser nutzen, wer unten steht, bleibt zurück. Ein zukünftiges System lebenslangen Lernens, das nicht einer weiteren Spaltung in Modernisierungsgewinner und -Verlierer Vorschub leisten, sondern allen Individuen tatsächlich Beteiligungschancen nach eigenen Relevanzsetzungen und Entscheidungskriterien eröffnen soll, muss so gestaltet werden, dass es für Lernen als selbstverständlichen und kalkulierbaren Teil von Biographien aller adäquate, finanzielle, zeitliche, institutionelle und organisatorische Voraussetzungen schafft. Auch eine Reform der Weiterbildung muss eingebunden werden in die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft. Kriterien für den Ausbau sind unter dieser Prämisse Effizienz und Gerechtigkeit, Innovation und Chancengleichheit, Verfügbarkeit und Offenheit. Mit einem formalen Recht auf Weiterbildung allein ist es aber dabei nicht getan. Notwendig ist ein Reformklima für eine Qualifizierungsoffensive mit verschiedenen ineinandergreifenden und sich ergänzenden Strategien. DIE LINKE fordert bundesweite Regelungen für ein kohärentes inklusives Weiterbildungssystem, in dem die allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Bildung gleichermaßen gefördert werden und für jeden tatsächlich die Chance auf Teilhabe besteht. Um die Teilhabe an Weiterbildung für alle zu ermöglichen und Bildung im Lebenslauf verankern zu können, ist nach Ansicht der LINKEN der Aufbau eines transparenten und kostenlosen Beratungssystems unabdingbar. Sie ist als öffentliche Aufgabe wohnortnah und diskriminierungsfrei zu gestalten. Die Qualität der Beratung muss den aktuellen wissenschaftlich beschriebenen Standards entsprechen und subjektorientiert, gender- und kultursensibel gestaltet sein.</p>	<p>Berufliche Fort- und Weiterbildung ist der Schlüssel für den Erfolg in der Arbeits- und Berufswelt. Sie ist die wichtigste Strategie, den Fachkräftebedarf zu decken und die Innovationskraft des Freistaates zu erhalten. Der Staat weiß allerdings nicht besser als Arbeitnehmer und Unternehmer, welche Qualifikationen und welches Wissen zukünftig gebraucht werden. Daher haben wir in dieser Legislaturperiode in Sachsen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Arbeitnehmer und Unternehmen eigenverantwortlich entscheiden können, in welche Fort- und Weiterbildung sie investieren wollen. Der neu eingeführte Weiterbildungsscheck für Arbeitnehmer und das einzelbetriebliche Förderverfahren für Unternehmen in Sachsen sind deutschlandweit einzigartig. Wir werden uns weiter für einen nachfrageorientierten Weiterbildungsmarkt einsetzen und diesen für Sachsen erfolgreich weiterentwickeln. Den "sächsischen Weiterbildungsscheck" wollen wir in der kommenden EU-Strukturfondsperiode zur Leitmarke des "Lebenslangen Lernens" in Sachsen ausbauen und entsprechend des Bedarfs mit weiteren Mitteln ausstatten und ihn für weitere Personengruppen öffnen.</p>	<p>In keinem anderen Land haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen so hohen Eigenbetrag zu erbringen wie in Sachsen, so die Meinung der Experten der öffentlichen Anhörung im Sächsischen Landtag zum Weiterbildungsbericht. In Zeiten von drohendem Fachkräftemangel und rückläufiger demokratischer Teilhabe muss die Forderung nach lebenslangem Lernen endlich auch in Sachsen mit konkreten Maßnahmen umgesetzt werden. Leider hat Weiterbildung in Sachsen den Status eines „privaten Hobbys“, da die finanzielle und gesetzliche Ausgestaltung durch den Freistaat und die Kommunen desolat ist. Weiterbildung ist aber die Schlüsselkategorie für die zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Gerade in Zeiten eines wachsenden Fachkräftebedarfs muss Qualifizierung in den Unternehmen viel stärker gefördert werden. Wenn lebenslanges Lernen keine hohle Floskel bleiben soll, muss Sachsen endlich stärker in Bildung investieren. Blickt man auf kurz- und mittelfristige Maßnahmen für bildungsferne Personen, ist es sicherlich zum einen wichtig, für Maßnahmen und Projekte zu werben. Hier erscheint es durchaus Bedarf zu geben, die Bürgerinnen und Bürger noch stärker zu informieren. Auf der anderen Seite unternehmen die Volkshochschulen schon sehr viel und haben in den vergangenen Jahren ihr Marketing in eigener Sache enorm aufgewertet. Sie, die sie in den Volkshochschulen mit Engagement und Kreativität immer nah am Bürger sind, können entsprechende Bedarfe viel besser sehen.</p>

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>5. „Konzentration von Ressourcen durch Initiierung regionaler Weiterbildungsallianzen und Forcierung der Einbindung von Weiterbildung in regionale Bildungskonzepte bzw. in das regionale Bildungsmanagement“ (S.21) Frage: Welche Bedeutung kommt der Volkshochschule bei der Initiierung von regionalen und überregionalen Bildungsnetzwerken aus Ihrer Sicht zu?</p>				
<p>Die Bedingungen für das lebenslange Lernen müssen verbessert werden, und zwar durch eine Weiterbildungsallianz des Bundes mit den Ländern, Sozialpartnern und weiteren verantwortlichen Akteuren, wie eben auch den Volkshochschulen. Eine bundesweite Weiterbildungskampagne soll die Bedeutung des lebenslangen Lernens unterstreichen und das Bewusstsein dafür in der Bevölkerung schärfen. Wird die Weiterbildung zudem als „tragender Teil des Bildungssystems“ anerkannt, wird der Weg für eine bundeseinheitlich systematische Förderung frei. Dies halten wir für zielführender als Alleingänge der Länder. Wir fordern, dass sich Sachsen für eine derartige Lösung im Bundesrat einsetzt.</p>	<p>Volkshochschulen leisten im Rahmen regionaler Bildungskonzepte einen wichtigen Anteil an der Weiterbildung unserer Menschen und der Sicherung von Angeboten lebenslangen Lernens. Ihnen kommt dabei im Rahmen der stärkeren Kooperation mit allen Bildungseinrichtungen eine zentrale Rolle zu. Wir wollen regionale Bildungskonzepte insbesondere zur Sicherung des Fachkräftebedarfs unterstützen.</p>	<p>DIE LINKE orientiert auf folgende Elemente einer landesweit übersichtlichen und einsichtigen Struktur und Organisation der Weiterbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die entstandene Vielfalt der Träger und Anbieter (öffentliche, freie, gemeinnützige, kommerzielle, betriebliche) bleibt erhalten. • Entscheidendes Instrument der horizontalen Koordination und Kooperation der Träger und Anbieter ist ihre Zusammenfassung in regionalen, in der Regel auf Kreisebene organisierten Weiterbildungsverbänden. In diese Verbände sind auch die Hoch- und berufsbildenden Schulen einzubeziehen. • Sowohl Träger und Anbieter als auch die individuellen und institutionellen Nutzer der Weiterbildungseinrichtungen (selbstorganisierte Weiterbildungsinitiativen, Gewerkschaften, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Arbeitsverwaltung, Kammern) bilden regionale Weiterbildungsausschüsse/Weiterbildungsräte. Diese regionalen Weiterbildungsausschüsse schaffen sich entsprechende Gremien für die Koordinierung ihrer Tätigkeit. • Die regionalen Weiterbildungsausschüsse haben gegenüber den Weiterbildungsverbänden eine beratende, anleitende und kontrollierende Funktion in den Fragen der Weiterbildung, die durch das Rahmengesetz und die jeweiligen Landesgesetze geregelt werden. • Hinsichtlich der betrieblichen Weiterbildung, die sich in ihren weniger spezifischen Bereichen ebenfalls zur Region hin öffnen soll, sind Voraussetzungen für entsprechende Neuregelungen in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen zu schaffen. <p>DIE LINKE macht sich die Analyse und Anregungen aus dem "Strategiepapier für eine nachhaltige Raumentwicklung" des Sächsischen Volkshochschulverbandes mit dem Titel: Lebenslanges Lernen als strategisches Handlungsfeld zur Stärkung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum" zu Eigen. Die Volkshochschulen sind, wie es in dem Strategiepapier heißt, ein wichtiger "Partner für Regionalentwicklung". Aufgabe der LINKEN in der neuen Legislaturperiode wird es sein, "diese Partnerschaft für den ländlichen Raum" zu konkretisieren, zu spezifizieren "und mit Förderprogrammen" auszustatten.</p>	<p>Um Angebote und Maßnahmen im Bereich der Fort- und Weiterbildung zu koordinieren und mit den Akteuren abzustimmen, ist die Bildung von Netzwerken sinnvoll und zielführend. In erster Linie sollten solche Partnerschaften jedoch von den Akteuren selbst ausgehen. Die Netzwerke müssen mit Leben erfüllt werden. Nur wenn es für die Partner einen Nutzen hat, ist eine Beteiligung zielführend. Als Politik möchten wir den Akteuren nicht vorgeben, ob und wie ein solches Zusammenwirken auf regionaler oder überregionaler Ebene ausgestaltet werden kann. Allerdings halten wir eine engere Zusammenarbeit der Weiterbildungsträger mit den Beruflichen Schulzentren, den Studienakademien der Berufsakademie Sachsen und den Hochschulen für ein sehr sinnvolles Ziel, das auch unsere Unterstützung finden würde.</p>	<p>Kinder- und Seniorenakademien, starke Volkshochschulen, die zweite und dritte Bildungschance auch nach dem 27. Lebensjahr sind Teile des immer notwendiger werdenden lebenslangen Lernens, für die der Staat und die Kommunen gute Rahmenbedingungen schaffen müssen. Die kommunale Verantwortung für Bildung beschränkt sich dabei nicht auf die Bereitstellung ausreichender Kita-Plätze, die bauliche Hülle der Schulen oder den Schülerverkehr. Kommunale Verantwortung für Bildung umfasst auch die Bibliotheken, die Museen, die Kinder- und Jugendarbeit, die Vernetzung von Volkshochschulen und Bildungseinrichtungen mit sozialen Einrichtungen sowie die mobile Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen. Durch so genannte regionale Bildungsnetzwerke können Kompetenzen vor Ort in den Landkreisen gebündelt werden.</p>

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>6. „Sicherung der Weiterbildung im ländlichen Raum als Teil einer ausgewogenen Daseinsfürsorge“ (S. 22) Frage: Inwiefern verlangt der ländliche Raum bildungspolitisch eine differenzierte Betrachtung und Förderung gegenüber urbanen Verdichtungsräumen?</p>				
<p>Urbane Räume zeichnen sich durch eine weitaus höhere Dichte von Trägern und Anbietern der Aus- und Weiterbildung aus als der ländliche Raum. Deshalb ist es im ländlichen Raum besonders wichtig, auf die vorhandenen Bildungsinstitutionen zurückzugreifen, insbesondere auf Fachschulen, Fachhochschulen, Studienakademien der Berufsakademie Sachsen und Weiterbildungsträger wie die Volkshochschulen. Die dortigen Bildungsangebote müssen weiter ausgebaut und auch berufsbegleitend wahrgenommen werden können. Dafür müssen die nötigen Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Gerade im ländlichen Raum braucht es eine starke Vernetzung des tertiären und quartären Bildungssektors, insbesondere der Hochschulen mit den Akteuren der Weiterbildung.</p> <p>Für die anstehende Novelle des Sächsischen Schulgesetzes haben wir gefordert, dass ein Gesetz den unterschiedlichen Bedingungen in Stadt und Land gerecht werden muss. Denn während die Klassen in den Ballungszentren immer größer werden, bangen kleine Standorte auf dem Land um ihren Fortbestand. Diese konträre Entwicklung verlangt passgenaue Lösungen, etwa betreffend Mindestschülerzahlen oder Klassenteiler. Eine solch differenzierte Betrachtung ist für alle Bildungsangebote, von der Kita bis zur Weiterbildung, geboten.</p>	<p>Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung besonders in den ländlichen Regionen müssen wir die Rahmenbedingungen für ausgewogene Weiterbildungsangebote auch in diesen Regionen auf den Prüfstand stellen. Hier werden wir insbesondere die Gruppengrößen und spezifischen Angebote vor dem Hintergrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung neu bewerten. Dieser Aufgabe wollen wir uns in der kommenden Legislaturperiode widmen.</p>	<p>Um der tendenziellen Entleerung einiger Teilräume und der sozialräumlichen Benachteiligung junger Menschen wirksam begegnen zu können, empfiehlt DIE LINKE eine Regionalisierung der Bildungsplanung. Dazu gehören "intelligenten Arrangements der Vermittlung von Wissen" und "regional angepassten Lösungen", jahrgangsübergreifender Unterricht, Projektwochen und Kurssysteme mit mobilen Lehrern und mit E-Learning. Vgl. dazu auch die Antwort auf die vorhergehende Frage.</p>	<p>Weiterbildung und stetige Qualifikation ist in der heutigen Zeit - egal ob in der Stadt oder im ländlichen Raum - unerlässlich, um den ständig neuen Anforderungen, nicht nur im beruflichen Bereich, gerecht zu werden. Das lebenslange Lernen wird deshalb sogar noch weiter an Bedeutung gewinnen. Die sächsischen Volkshochschulen leisten mit ihren zahlreichen und hochwertigen Angeboten in ganz Sachsen einen wesentlichen Beitrag, den hohen Anforderungen auch gerecht zu werden. Die vielfältigen Angebote sind auch weiterhin durch den Freistaat Sachsen zu unterstützen. Allerdings sehen wir auf Grund der demographischen Entwicklung Anpassungsbedarf hinsichtlich einer differenzierten Förderung zwischen den Städten und den ländlichen Regionen. So soll es im ländlichen Raum zukünftig möglich sein, auch kleinere Gruppen an Volkshochschulen zu fördern, um auch dort langfristig Angebote zu sichern.</p>	<p>Der ländliche Raum muss in Bezug auf die Sicherung der Daseinsvorsorge differenziert betrachtet werden. Dies zeigt auch Ihr Papier „Lebenslanges Lernen als strategisches Handlungsfeld zur Stärkung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“, auf welches wir folgend nicht eingehen werden, jedoch in seinen Aussagen unterstützen. Es gilt, die Lebensqualität in den ländlichen Regionen Sachsen zu sichern und dazu gehört auch, Bildung und Kultur zu fördern – sie gehört zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.</p>

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>7. „Erleichterung des Zugangs zu bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe“ (S. 22) Frage: Welche Bedeutung hat bürgerschaftliches Engagement in einer parlamentarischen Demokratie und wo sehen Sie dabei die Verantwortung und die Rolle der Volkshochschulen?</p>				
<p>Eine lebendige und verantwortungsbewusste Zivilgesellschaft ist eine zentrale Säule unserer Demokratie. Das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement ist ein Garant für Partizipation an gesellschaftlichen, aber auch an politischen Prozessen. Engagierte Bürgerinnen und Bürger übernehmen dabei Verantwortung für Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens. Engagement ist dabei keine Kompensation nicht erbrachter staatlicher Leistungen. Es schafft keinen Ersatz für professionelle Arbeit, braucht aber eine professionelle Einbettung und Begleitung. So bedarf jedes Engagement des Wissens über rechtliche und politische Grundlagen und Zusammenhänge, wenn es erfolgreich sein soll. Besonders in der Weiterbildung über rechtliche Erfordernisse, aber auch in Bezug auf etwaige Fördermöglichkeiten für ehrenamtliche Bemühungen und der damit verbundenen Formalien könnten die Volkshochschulen einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen von bürgerschaftlichem Engagement leisten. Je besser die Rahmenbedingungen sind (Infrastruktur, professionelle Begleitung), desto attraktiver ist der Einsatz für die Gesellschaft. Dazu gehört auch eine unkomplizierte und ausreichende Aufwandsentschädigung in Kombination mit kostenlosen, hochwertigen Bildungsangeboten, v.a. bei ehrenamtlichen Strukturen für ältere Menschen. Gleichzeitig dient bürgerschaftliches Engagement der persönlichen Weiterentwicklung und sollte deshalb möglichst früh und in jeder Phase des Lebenslaufs gefördert werden. Zum Ausgleich von ungleich verteilten Teilhabechancen und als Qualifikationsangebot sind insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen mit niedrigschwelligen Angeboten gezielt anzusprechen.</p>	<p>Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe sind wesentliche Voraussetzungen für die Gesellschaft in einer Demokratie. Deshalb sind wir auch weiterhin bestrebt, dieses Engagement in entsprechender Form zu würdigen. Die Aufgabe der Volkshochschule ist es, Menschen in diesem Sinne zu bilden bzw. zu qualifizieren.</p>	<p>Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement braucht eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft. Mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung, weg von der Zuschauerdemokratie hin zu einer Kultur der Beteiligung und des Dialogs sind Forderungen der Fraktion DIE LINKE, die auch dem gestiegenen Engagement und dem wachsenden Kompetenzbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen. Nur in diesem Kontext wird sich auch eine wirkliche Freiwilligen-Kultur entwickeln. DIE LINKE wird sich deshalb auch weiter dafür einsetzen, dass Volksbegehren und Volksentscheide auf der Bundesebene eingeführt und die Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen stärken. Freiwilliges Bürgerschaftliches Engagement darf nicht als Lückenbüßer für einen Abbau des Sozialstaates benutzt und nicht eine Sache derer werden, die sich Engagement leisten können. DIE LINKE fordert deshalb die Einführung eines Mindestlohns und für Bürgerinnen und Bürger in besonderen Lebenslagen- wie Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Alleinerziehende, Behinderte und Senioren -die Schaffung von diesen Lebenslagen angemessenen Bedingungen. Eine wesentliche Maßnahme dafür ist die Einführung einer sozialen Grundsicherung und der Ausbau der Informations- und Beteiligungsrechte für diese Gruppen sowie die Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Bewerbung um Lehrstellen und Arbeitsplätzen. Bürgerschaftliches Engagement ist in erster Linie eine Bereicherung unseres Lebens um viele Facetten und Qualitäten, die von jemand anders als von der Gesellschaft gar nicht erbracht werden können. Es ist nicht Ersatz für Leistungen, die die Kommunen nicht mehr erbringen können oder /und wollen. Bürgerschaftliches Engagement benötigt eine entsprechende materielle, finanzielle und soziale kommunale Infrastruktur. DIE LINKE tritt für eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor allem deshalb ein, weil sich darin im besonderen Willen und Fähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner widerspiegeln, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, bürgerschaftliches Engagement</p> <ul style="list-style-type: none"> • von den jetzigen rechtlichen, bürokratischen und finanziellen Hürden zu befreien und ausreichende rechtliche, finanzielle und versicherungstechnische Rahmenbedingungen zu schaffen; • über Partnerschaften zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Institutionen und Vereinen zu fördern und für alle gesellschaftlichen Bereiche zugänglich zu machen; • mit Entscheidungskompetenzen, Finanzen und Infrastruktur auszurüsten; • zu stärken, indem die Akzeptanz bei Politik und 	<p>Das vielfältige bürgerschaftliche Engagement in Sachsen ist ein wichtiger Beitrag für eine attraktive und lebenswerte Heimat. Es trägt zur Gestaltung unseres Landes aus der Mitte der Bürgerschaft bei und stärkt den inneren Zusammenhalt. Vor allem die ehrenamtliche Arbeit ist an vielen Stellen unverzichtbar - von der Seniorenhilfe, über den Sport und die Kultur, bis zur Feuerwehr. Die Kraft bürgerschaftlichen Engagements und gegenseitiger Unterstützung hat sich auch in Not-situationen wie den Flutkatastrophen der vergangenen Jahre gezeigt. Unser Ziel ist eine weitere Stärkung von Ehrenamt und freiwilligem bürgerschaftlichen Engagement. Wir wollen Bürger zur Übernahme von Verantwortung motivieren und ehrenamtliche Leistungen angemessen würdigen. Die Volkshochschulen sind nicht nur Lernort, sondern auch Hort eines steten gesellschaftlichen Austausches. In dieser Funktion sind Volkshochschulen bereits heute Anlaufstelle für breite Schichten von ehrenamtlich Tätigen. Wir würden uns freuen, wenn die Volkshochschulen auch weiterhin als Partner für bürgerschaftliches Engagement fungieren.</p>	<p>Ehrenamtliches Engagement ist das soziale Bindeglied unserer Gesellschaft. Jeden Tag stärken tausende Sächsinen und Sachsen aller Generationen in Verbänden, Vereinen und Initiativen den Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden. Dieses Engagement verdient unseren größten Respekt. Deshalb wollen wir die Ehrenamt-förderung als Teil einer sächsischen Anerkennungskultur stärken. Ehrenamtliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe sind das A und O einer funktionierenden Gesellschaft. Die Volkshochschulen können an dieser Stelle gemeinsam mit Partnern Veranstaltungen anbieten, zum Beispiel zu dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement – Qualifizierung im Ehrenamt“.</p>

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
		Verwaltung spürbar erhöht wird, was insbesondere auf Bürgerinitiativen sowie auf das Engagement einzelner Einwohnerinnen und Einwohner zutreffen muss; • über eine sachgerechte und wirksame Anerkennungskultur zu unterstützen.		
<p>8. „Entwicklung spezifischer Weiterbildungsformate zur Gewinnung neuer Zielgruppen“ (S.22) Frage: Welche neuen (und alten) Zielgruppen haben für Sie in der Weiterbildung derzeit und mittelfristig Priorität?</p>				
<p>Die gesellschaftlichen Herausforderungen erfordern aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstärkt Projekte der Interkulturellen Bildung, der Umweltbildung, der Familienbildung und der Seniorenbildung. Wir fordern ein adäquates Angebot an Deutsch-Kursen für ausländische Fachkräfte sowie für AsylbewerberInnen von Anfang an sowie ggf. notwendige Anpassungs- und Qualifizierungskurse zu Berufsqualifikationen, die im Ausland erworbenen wurden. Für Senioren muss ein infrastrukturell und monetär günstiger Zugang zu Bildungseinrichtungen gesichert werden. Ein wichtiges Thema für uns GRÜNE ist zudem die Inklusion, auch in der Weiterbildung. Für Menschen mit Behinderungen sollte zum einen der Zugang zur Weiterbildung erleichtert werden (Barrierefreiheit, Angebote in leichter Sprache), zum anderen sollten behindertenspezifische Themen angeboten werden. Hierbei könnten die Werkstätten wichtige Ansprechpartner sein. Der Internetauftritt der Weiterbildungsakteure sollte möglichst barrierearm gestaltet werden. Auch im Erwachsenenalter besteht ein starker Zusammenhang zwischen Leistung und sozialer Herkunft, wie die Leistungsstudie PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) zeigen konnte. Um diese Nachteile auszugleichen, ist nicht allein die berufsspezifische Weiterbildung entscheidend, sondern die weitere Stärkung der Kompetenzen im gesamten Lebenslauf. Durch ihre breitenwirksamen und qualitativ hochwertigen Angebote erreichen die Volkshochschulen wie keine andere Weiterbildungseinrichtung die Bevölkerung im ländlichen Raum sowie benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Sie schaffen insbesondere auch Bildungsangebote für Menschen ohne Zugang zur betrieblichen Weiterbildung.</p>	<p>Vor dem Hintergrund einer stärkeren Ausbildung lebenslangen Lernens sehen wir neben der typischen Erwachsenenqualifizierung auch den Bereich der Seniorinnen und Senioren als Zielgruppe der Volkshochschulen. In diesem Bereich erschließt sich aus unserer Sicht ein nicht unerhebliches Potenzial an Wissensvermittlung in unterschiedlichen Bereichen. Jugendliche sollten gleichfalls verstärkt Zielgruppe sein. Insbesondere berufsvorbereitende Kompetenzen, die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit sowie die Ansprache dieser Altersgruppe im bildungsfernen Milieu könnte hier eine gute Chance darstellen.</p>	<p>Die Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf, das Nachholen von Schulabschlüssen, Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit neuen Medien -das sind nur einige Beispiele der umfangreichen pädagogischen Aufgaben, für die neue Konzepte und didaktische Modelle zu entwickeln sind.</p>	<p>Das Ziel des lebenslangen Lernens sowie des stetigen Erwerbs von Qualifikationen und Wissen umfasst alle gesellschaftlichen Gruppen - egal ob jung oder alt. Deshalb muss es in erster Linie Aufgabe der Politik sein, alle Sachsen für Weiterbildung zu sensibilisieren und ihnen die Vorteile aufzuzeigen. Die Weiterfinanzierung von Angeboten durch den Freistaat Sachsen steht dabei außer Frage.</p>	<p>Neue und alte Zielgruppen – die Volkshochschulen in Sachsen waren und sind immer am Puls der Zeit und wissen sehr genau, welche Zielgruppen anzusprechen sind. Je nach Zielgruppe, zum Beispiel Menschen mit Grundbildungsbedarf, Migrantinnen und Migranten, Seniorinnen und Senioren, Ehrenamtliche oder gar Menschen, die es gilt, fit zu machen für den Berufseinstieg, können sich Weiterbildungsformate unterscheiden. Zu beachten ist jedoch, dass neue Methoden und Wege auszuprobieren und dabei auf Qualität achten.</p>

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>9. „Stabile und flächendeckende Förderung der politischen Bildungsarbeit in unterschiedlichen Formen und innovativen Bildungsaktivitäten“ (S. 23) Frage: Über die große Bedeutung der politischen Bildungsarbeit in Demokratien ist man sich traditionell einig - andererseits findet jedoch nur eine geringe finanzielle Wertschätzung der politischen Bildungsarbeit an Volkshochschulen statt. Es sind vor allem die 17 Volkshochschulen, die mit 41 Standorten eine flächendeckende Bildungsarbeit in Sachsen garantieren und auch die Bevölkerung in ländlichen Regionen erreichen. Die politische Bildungsarbeit lebt von kreativen, innovativen, aufsuchenden und vor allem auch von langfristig angelegten Angebotsformaten, um den politischen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels gerecht zu werden. Warum werden entsprechende nicht standardisierte Formate nicht in die Regelförderung aufgenommen?</p>				
<p>Der Freistaat fördert die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Demokratieerziehung an Schulen. (Eine von uns geforderte Erhöhung des zuletzt genannten Titels wurde in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2013/14 von der Koalition jedoch abgelehnt.) Die Förderung von politischer Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement ist eine der sechs zentralen Aufgabenbereiche der Volkshochschulen. Gerade in diesem Bereich sind innovative Konzepte und Methodenvielfalt besonders wichtig. Deshalb unterstützen wir die Aufnahme nicht standardisierter Formate in die Regelförderung.</p>	<p>Die Entwicklung Sachsens wird mit davon abhängen, inwieweit konstruktive Impulse der Bürger zum Tragen kommen. Hierzu bedarf es Freiräume, aber auch der Einbindung der Bürger. Wir setzen auf den mündigen Bürger. Eine praxisnahe politische Bildung und eine stärkere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen können positiv wirken und die Demokratie stärken. Gleichzeitig ist das ehrenamtliche Engagement der Bürger grundlegend für den Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Ein Engagement im Sportverein, in Kirchen, für Kultur, Umweltschutz oder soziale Belange stiftet Sinn und stärkt die Verantwortungsbereitschaft. Ältere Generationen haben heute bessere Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement. Diese Potentiale gilt es, stärker zu erschließen. Im Bereich der politischen Bildung kann Jugendprojektarbeit ein entscheidender Erfolgsfaktor sein. Eine Mischung aus gemeinschaftlicher Aktion und Sachvermittlung vermag den Erwerb politischer Kompetenz erleichtern. Entsprechenden Formaten wollen wir in der politischen Bildungsarbeit vermehrt Aufmerksamkeit schenken. Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement zur Vermittlung von Welttoffenheit, Toleranz und demokratischen Werten. Große Bedeutung haben hierbei die Kommunen sowie Initiativen und Vereine. Es gilt insbesondere, bei Jugendlichen alters- und milieugerechte Aufklärung zu betreiben sowie bestehende Ansätze zu vernetzen. Hierbei können aus unserer Sicht auch die Volkshochschulen als Projektträger fungieren.</p>	<p>Die Frage richtet sich eigentlich an die Staatsregierung. DIE LINKE befürwortet eine Aufnahme nicht standardisierter Formate in der politischen Bildungsarbeit in die Regelförderung.</p>	<p>Im Bereich der politischen Bildung haben wir im Freistaat Sachsen eine sehr vielfältige Landschaft von Anbietern, Maßnahmen und Projekten. Diese leisten einen wichtigen Beitrag und den gilt es fortzusetzen. Allerdings ist diese Angebotsvielfalt bereits in einem Maße vorhanden, dass eine Ausweitung der bestehenden Fördermöglichkeiten des Freistaates nicht angezeigt ist. Worüber man jedoch nachdenken kann, ist die Frage, inwiefern künftig die finanzielle Unterstützung politischer Bildungsangebote generell gebündelt und unter eine einheitliche Förderung gestellt werden sollte.</p>	<p>Demokratie benötigt politische Bildungsarbeit. Politische Bildung hat den dauerhaften Auftrag, demokratisches Bewusstsein und politisches Engagement zu fördern. Lebendige Demokratie bedeutet schlussendlich nichts anderes, als dass sich jede Generation die demokratischen Werte aneignen muss und das nötige staatsbürgerliche Wissen erwerben soll. Und hierzu benötigt es einer dauerhaften und nachhaltigen finanziellen Unterstützung. Nach einer ersten Einschätzung spricht nichts dagegen, standardisierte Formate in der Bildungsarbeit in die Regelförderung aufzunehmen. Zuvor bedarf es hier einer entsprechenden Fachprüfung.</p>

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	CDU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>10. „Überprüfung der gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen der Staatsregierung und der landesrechtlichen Bestimmungen im Bereich Weiterbildung“ (S.23) Frage: An welchen Stellen bedürfen das Weiterbildungsgesetz (WBG) und die Weiterbildungsförderungsverordnung (WbFöVO) Korrekturen, um den aktuellen gesellschaftlichen und bildungspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden? Wie kann die Weiterbildung als 4. Bildungsbereich neben Schule, Berufsausbildung und Hochschule verbindlicher im Sächsischen Bildungssystem verankert werden?</p>				
<p>Die Kompetenzen und Zuständigkeiten im Bereich der Weiterbildung müssen gebündelt werden. Um dem Prinzip des lebenslangen Lernens treu zu bleiben, sollte dies im Sächsischen Kultusministerium erfolgen. Das Weiterbildungsgesetz muss das entscheidende Regelwerk in Bezug auf alle im Freistaat Sachsen erbrachten Leistungen in der Weiterbildung werden. In der Folge dürften die zuständigen Fachministerien dann nur noch per Rechtsverordnung fachspezifische Inhalte und Formalien festlegen. Um die Weiterbildung als festen Bestandteil des Bildungssystems neben Schule, Ausbildung und Studium zu verankern, muss sie als Teil der Daseinsvorsorge begriffen werden, nicht als Dienstleistererbringer mit leistungsorientierter Bezahlung. Das muss sich auch in der Weiterbildungsförderungsverordnung niederschlagen. Dort müssen differenzierte Regelungen für die unterschiedlichen Bedingungen in Ballungszentren und im ländlichen Raum sowie für nicht standardisierte Angebotsformate gefunden werden (Zahl der Unterrichtsstunden, Mindestteilnehmerzahl u.a.). Die Zuschüsse für die Volkshochschulen wollen wir schrittweise auf den bundesdeutschen Durchschnitt anheben.</p>	<p>Bezüglich der Fortentwicklung der Weiterbildung in Sachsen werden wir die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen in der kommenden Legislaturperiode auf ihre Praktikabilität und Zukunftsfähigkeit hin überprüfen. Besonders die demographische Entwicklung und die Sicherung von guter Bildung, auch Weiterbildung im ländlichen Raum gilt es dabei zu beachten. Neben den bevorstehenden Entscheidungen zur Novelle des sächsischen Schulgesetzes und der Sicherung eines leistungsfähigen Schulnetzes in allen Regionen wird auch die Frage der Weiterbildung erörtert werden müssen.</p>	<p>Statt einzelner Korrekturen am Weiterbildungsgesetz hält DIE LINKE ein neues Gesetz für erforderlich. Sie hat zu dem Zweck den Entwurf für ein neues Weiterbildungsgesetz erarbeitet. Dieser wurde auf einer Weiterbildungskonferenz im Dezember 2013 vorgestellt und mit Fachleuten diskutiert. Die Anregungen aus der Konferenz wurden bzw. werden in den Gesetzentwurf eingearbeitet. Die neue Landtagsfraktion wird als eine ihrer ersten parlamentarischen Aktivitäten das Gesetzesvorhaben in den Landtag einbringen.</p>	<p>Tatsächlich wird der Bereich der Fort- und Weiterbildung im und außerhalb des beruflichen Bereiches in Zukunft immer wichtiger. Inwiefern ein institutionalisierter vierter Bildungsbereich eine zielführende Lösung sein kann, müssen zukünftige Diskussionen mit allen Beteiligten zeigen. Allerdings ist es bereits jetzt üblich, dass auch vermehrt Berufliche Schulzentren ebenso wie Hochschulen einen Beitrag zur Fort- und Weiterbildung leisten. Eine von uns angestrebte nachfrageorientierte Förderung der Weiterbildung verhindert zwar in aller Regel Doppelstrukturen, aber einen unfairen Wettbewerb zulasten eines Akteurs gilt es zu verhindern.</p>	<p>Der Bildungsbericht Sachsen 2013 ist veröffentlicht und erneut fehlt ein wichtiger Teil, nämlich der Bereich Weiterbildung. Weiterbildung wird in Sachsen eher stiefmütterlich behandelt. Weiterbildung ist aber keine Nebensache. Es bedarf richtigerweise einer umfassenden Prüfung der Fachministerien gemeinsam mit dem Landesbeirat für Erwachsenenbildung, um herauszufiltern, an welcher Stelle Weiterbildungsförderungsverordnung und Weiterbildungsgesetz geändert bzw. aktualisiert werden müssen. Um die Volkshochschulen im ländlichen Raum gegebenenfalls zusätzlich zu unterstützen, könnte über eine Änderung der Weiterbildungsförderungsverordnung nachgedacht werden.</p>